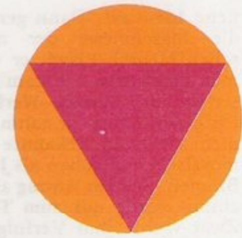
DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V. 10/86

14.9.: Gedenktag auf dem Osterholzer Friedhof

Dr. Hartmut Müller, Leiter des Staatsarchives Bremen 14. Sept. 1986

Verehrte Anwesende!

Am 29. August 1949 wandte sich die polnische Krankenschwester Janina N. an das Bremer Amt für Wiedergutmachung und antragte Entschädigung für in Bremen geleistete Zwangsarbeit. In ihrem miteingereichten Lebenslauf schrieb sie: ....

Politischer Lebenslauf:

Ich war in der Nacht vom 1.6. zum 2.6. 1942 bei meinen Eltern, wohnhaft Kraschnick Narukowicz 15. Gegen 22 Uhr nachts kamen 2 Gestapoleute (S.S.) und holten mich von zu Hause weg und transportierten mich mit zirka 40 weiteren Mädeln nach Lublin ins Lager. 2 Tage blieben wir unter Bewachung von N.S.K.K.–Leuten dort. Dann wurden wir weiter gebracht nach Bremen zum Lager Hayungs. Den Transport führte die S.S.–Lagerführerin Helene Kamm. Von der Lagerführerin sowie dem Meister Lüdemann waren wir schweren Mißhandlungen ausgesetzt. Meister Lüdemann ist nachträglich dafür 2 Jahre im Lager gewesen. Ich bin sehr oft zur Gestapo geladen worden, weil ich von meinem jetzigen Mann mit Lebensmitteln unterstützt wurde. Weil ich schwanger ging, wurde vom K.Z. abgesehen, bis nach der Entbindung. Am 3.3.45 wurde ein Mädel geboren, welches am 10.3.45 den Hungertod gestorben ist, da mein Mann schon im K.Z. war und nicht für uns sorgen konnte. Wäre der Einmarsch nicht so schnell erfolgt, wäre ich auch noch zum K.Z. gekommen.

Janina N.

Das Amt für Wiedergutmachung prüfte: Es sei nicht nachgewiesen, daß Frau N. unter Zwang nach Deutschland gekommen sei, sie sei bei der Firma Hayungs genauso entlohnt worden wie die deutschen Arbeiter. Zudem sei Zwangsarbeit grundsätzlich nicht haftentschädigungspflichtig, weil ja sonst jede Zwangsarbeit, wie bei der Firma Krupp und den anderen Rüstungsbetrieben, entschädigt werden müßte.
Der Antrag Janina N.'s wurde abgelehnt.

Mitte der 50er Jahre schrieb der polnische Arbeiter Josef S. an das gleiche Amt in Bremen. 1939 war er nach der Besetzung Polens durch die deutsche Wehrmacht als Jude in Warschau untergetaucht. Mit neuem Namen und als Christ gelang ihm eine

Kamerad Willi Hundertmark 14.9.86

Kolleginnen, Kollegen,
Kameradinnen, Kameraden,

im Namen der VVN–Bund der Antifaschisten Bremen heiße ich Sie zu dieser Internationalen Gedenkveranstaltung herzlich willkommen. Zur gleichen Stunde wie wir hier, versammeln sich in 20 Ländern Europas und Israel die Opfer und Gegner von Faschismus und Krieg, gemeinsam mit jungen Antifaschisten und Friedensfreunden. Sie erfüllen wie wir den Beschluß der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, jeden 2. Sonntag im September der Opfer von Faschismus zu gedenken. Diesem Beschluß folgend, wurde 1947 am 2. Sonntag im September der Grundstein für diese Gedenkstätte gelegt. Nächstes Jahr, zum 40sten Jahrestag dieser Gedenkstätte, gilt es eine würdige Gedenkveranstaltung durchzuführen.

Unsere heutige Gedenkkundgebung steht unter der Forderung: "Im Jahr des Friedens, Unrecht aus dem 2. Weltkrieg beseitigen." Es geht um die Entschädigung der Zwangsarbeiter. Nicht nur der Zwangsarbeiter aus dem Osten, der Sowjet–Union und Polen, oder aus dem Westen. Es geht auch um die deutschen Zwangsarbeiter, die als K.Z.–Häftlinge bei Daimler–Benz, Siemens oder im Moor ohne Lohn schuften mußten. Warum, wird immer gefragt, wird über 40 Jahre nach dem Krieg noch diese Entschädigung gefordert?

Daß heute diese Forderung erst erhoben wird, das ist die Geschichte dieser Bundesrepublik. Das ist aber auch die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Diese Geschichte beginnt schon 1947/48, als die westlichen Besatzungsmächte die Opfer und Gegner des Faschismus aus den Ämtern der Besatzungsmächte entlassen haben. Aus den Ämtern und Positionen, die die Antifaschisten 1945 aufbauten. Es waren die Antifaschisten, die 1945 den Aufbau in die Hand nahmen. Diese Antifaschisten, ob Kommunisten, ob Sozialdemokraten, ob Christen oder anderen Gruppierungen angehörend, alle Gegner des Faschismus wurden entlassen. Diese Entwicklung wurde fortgesetzt.

Im September 1950, kaum 1 Jahr war diese Bundesrepublik alt, da erließ die Adenauer–Regierung eine Verordnung. Damit wurde allen Angehörigen der öffentlichen Ämter verboten, Mitglied der KPD, der Sozialdemokratischen Aktion

**Irene Lüking
Osterholzer Friedhof 14.9.86**

Andrew Zondo, 20 Jahre, hingerichtet am 9. September '86 in Pretoria, weil er sich für den Frieden engagiert hat.
Clarence Payi, 20 Jahre alt, und Sipho Xulu, 26 Jahre alt, am selben Tag in Pretoria erhängt, weil sie sich für Gerechtigkeit eingesetzt haben.
Sie alle drei haben mit Millionen Schwarzer und Farbiger gemeinsam unter dem Apartheidssystem gelitten und gekämpft. Ihnen wurde – wie der Mehrheit der Bevölkerung – das Recht auf ein gleichberechtigtes Leben in einem demokratischen Staat verweigert.

Von diesem Unrechtssystem sind in besonderer Weise die schwarzen Frauen Südafrikas betroffen. Sie sind in dreifacher Weise benachteiligt: als minderwertige Schwarze, als billigste Arbeitskräfte und zudem noch als nicht gleichberechtigte Menschen. Sie haben die Hauptlast der Verantwortung für die Familie zu tragen. Sie werden gezwungen, in die sog. "Heimatländer" überzusiedeln, die ihnen je nach Stammeszugehörigkeit von der Regierung zugewiesen werden. Dort fristen sie ein menschenunwürdiges Dasein – und das in einem der reichsten Länder der Welt! Gemeinsam mit ihren Kindern und Alten und Kranken, "nicht mehr wirtschaftlich zu verwertenden Menschen", hausen sie in kleinen garageähnlichen Wellblechbaracken. Diese "homelands" befinden sich meist in unfruchtbaren Gegenden, fernab von jeglicher Zivilisation. Hier kämpfen die Frauen ums Überleben ihrer Kinder, von denen alle 2 Minuten eines unter 2 Jahren stirbt.

Die Männer sind gezwungen, sich als Wanderarbeiter in den hochentwickelten Industriekonzernen oder auf den Farmen der Weißen als billige Arbeitskräfte anzubieten. Dort leben sie in Männerwohnheimen – meist 6–10 Personen in einem kahlen Raum. Jeder ... hütet seine wertvolle Habe in einem Pappkarton. Jeder hat ... – oft mehrere Jahre von seiner Familie getrennt – keinen sozialen Bezug mehr. Jeder ... hat eine Menge an Sorgen und Kummer, die er allzuoft in Alkohol ertränkt.

Wohnt eine Familie jedoch in den ghettoähnlichen "townships", den Schwarzensiedlungen am Rande der Großstädte, so ist ihre Situation nicht besser. Morgens verlassen meist beide Elternteile ihre Behausung, um für einen geringen Lohn den kargen Lebensunterhalt zu verdienen. Wiederum erhalten die Frauen geringere

neue Identität. Dann geriet er jedoch in die Maschinerie der nationalsozialistischen Menschenjagd, er wurde nach Bremen deportiert und kam ins Zwangsarbeiterlager der Franke–Werke. Josef S. überlebte den Krieg. Er nahm seinen alten Namen wieder an, bekannte sich wieder zum mosaischen Glauben als Jude und blieb in Bremen. Seinem Antrag auf Wiedergutmachung wurde nur zum Teil stattgegeben. Zwar wurde ihm Verfolgungsschaden als Jude zugebilligt, sein Antrag auf Entschädigung für Zwangsarbeit jedoch abgelehnt.

Wer waren diese allzulange totgeschwiegenen, in ihren Leiden und Opfern weder anerkannt, noch gewürdigten Menschen, zu deren Erinnerung wir heute hier zusammengekommen sind?

Im September 1944 lebten in Bremen fast 40.000 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. Hinter dieser Zahl, die man so einfach ausspricht, stehen 40.000 Einzelschicksale, stehen Menschen.
Nur noch selten gelingt es, sie nach über vierzig Jahren aus der Anonymität der Geschichte herauszuholen. Vor wenigen Wochen erhielt ich von einer Bremer Firma eine Akte mit den persönlichen Daten und Lichtbildern von über 100 polnischen und russischen Zwangsarbeiterinnen. Wer in diese Gesichter schaut, wird sie kaum wieder vergessen können. Das jüngste von ihnen war am Tage des Eintreffens in Bremen im Jahre 1942 nicht einmal ganze 15 Jahre alt.

Während des 2. Weltkrieges arbeiteten im Deutschen Reich mehr als 7 Millionen sogenannte "Fremdvölkische" als Kriegsgefangene, Deportierte, Zwangs– und Zivilarbeiter. Wieviele es in Bremen insgesamt gewesen sind, kann man wohl nicht mehr genau sagen. Auf Grund der besonderen Bedeutung Bremens als Rüstungszentrum war hier der Anteil der Zwangsarbeiter besonders hoch. Ende Mai 1941 waren bereits 22.000 Ausländer in Bremen eingesetzt, davon 6.000 Kriegsgefangene. Zu diesem Zeitpunkt betrug der Zwangsarbeiteranteil in bremischen Betrieben wie Weser–Flug oder Borgward bereits über 35%. Später war er noch höher. Geht man davon aus, daß der Zwangsarbeitereinsatz einem dauernden Wechsel unterlag und Zwangsarbeiter heute in Bremen, wenige Wochen später aber auch schon wieder in Osnabrück, Hamburg oder Berlin eingesetzt werden konnten, je nachdem wie es die kriegswirtschaftliche Situation notwendig erscheinen ließ, dürften in Bremen zwischen 1939 und 1945 sicherlich bis zu 100.000 Menschen eingesetzt worden sein.

Es waren Männer und Frauen, aber auch Kinder aus all den Ländern, die von der deutschen Wehrmacht überfallen und besetzt worden waren: Polen, Holländer, Belgier, Dänen, Franzosen, Russen, Ungarn, Serben, Kroaten, Jugoslawen und Italiener. Das nationalsozialistische System klassifizierte sie nach Westarbeitern, Polen, Ostarbeitern, nach Kriegsgefangenen und KZ–Häftlingen. Entsprechend dieser rassenideologischen Einstufung war auch die Behandlung der Zwangsarbeiter. Auf der untersten Stufe der Skala standen die Ostarbeiter, also die Russen, und die Polen. Viele der Russen, die in Bremen ankamen, überlebten kaum die erste Zeit. Ihre Unterbringung und Verpflegung war die schlechteste, natürlich auch ihre Entlohnung. Russische Kriegsgefangene er-

oder der VVN zu sein. Mit diesem Verbot wollte man die Gegner der Remilitarisierung treffen, die damals schon von Adenauer eingeleitet war.

Um die Opfer und Gegner des Faschismus endlich zu entschädigen, wurde 1953 das erste Bundesentschädigungsgesetz vom Bundestag beschlossen. Dieses Gesetz berücksichtigte nur die politisch Verfolgten. Mit dem Art. 6, Abs. 1, Ziffer 2 wurden alle Gegner der Remilitarisierung von der Wiedergutmachung ausgeschlossen, weil sie gegen die demokratische Grundordnung waren. Die VVN fand sich mit diesem Gesetz nicht ab und beantragte immer wieder Novellierungen. Aber das neue Gesetz von 1956 schloß weiter solche Gruppen wie Sintis, die Sterilisierten, Homosexuellen und Zwangsarbeiter aus. Und auch der Art. 6 wurde nicht geändert, mit dem die Gegner von Aufrüstung und Militarisierung ausgeschlossen wurden, weil sie, wie es in der demokratischen Bewegung formuliert wurde, gegen die FDGO sind.

Es war die VVN, die in der Zeit von 1953 – 1967 rund 600000 Aktivitäten in Sachen Wiedergutmachung durchführte. Das geschah in einer Zeit, in der die VVN ständig mit dem Verbot bedroht war. So, in Hamburg, Rheinland–Pfalz und Saarland wurden die Landesverbände schon verboten. Und 1959 forderte die Adenauer–Regierung das Verbot der VVN bundesweit. Diese Verbotsdrohung stand bis 1962.

Der erste Prozeß platzte, weil die Richter und der Verteidiger der Regierung als belastete Nazijuristen entlarvt wurden. Ohne Verleumdung wurde ein halbherziges Urteil gefällt. Das veranlaßte Adenauer zu einem Einspruch. Das Gericht schrieb dann dieses Urteil: Eine Organisation, deren Mitgliedern man im Entschädigungsgesetz bescheinigte, daß ihr Widerstand ein Verdienst um das Wohl und die Ehre des deutschen Volkes sei, könne man nicht verbieten.

Der Bundeskongreß der VVN 1965 stellte fest, daß die Wiedergutmachung immer noch nicht vollständig geregelt sei. Der Kongreß forderte weitere gesetzliche Regelungen. Der Kongreß registrierte aber auch, daß die gesetzlichen Regelungen für den Artikel 131 des GG schon 1951 beschlossen wurden. Nach dem Artikel 131 wurden alle Beamten, auch die beamteten Waffen–SSler in Amt und Würden gesetzt, oder konnten in Pension gehen. Unabhängig davon ob sie Verbrechen begangen hatten oder nicht. Davon profitierten auch die belasteten Juristen.

Wie man mit den SS–Verbrechern in dieser Republik umgeht, zeigt das Beispiel Strippel. Dieser SS–Führer wurde 1949 wegen Mordes mit 21 Mal lebenslänglich verurteilt. 1970 wurde die lebenslängliche Strafe auf 6 Jahre heruntergesetzt. Für 11 Jahre zuviel gesessene Haft wurden ihm 121.500,– DM Entschädigung gezahlt. 1976 wurde Strippel in dem bekannten Maydanek–Prozeß zu 3 1/2 Jahren verurteilt. Davon hat er noch nicht einen Tag gesessen, weil er haftunfähig sei. Es kommt aber noch dicker: Strippel wird angeklagt, gemeinsam mit anderen SS–Mitgliedern 20 jüdische Kinder, die Ärzte, die Pfleger und sowjetische Kriegsgefangene, die die Kinder betreut haben, im April 1945 in der Schule Bullenhuser–

Entlohnung. Sie versorgen z.B. als sog. "Nannys" die Kinder der Weißen, während ihre eigenen sich den ganzen Tag allein überlassen bleiben. Weder schwarze Frauen noch schwarze Männer sind gewillt, sich das System der Unterdrückung und Ausbeutung noch länger gefallen zu lassen. Sie organisieren sich zunehmend in den Gewerkschaften, in den Kirchen, im ANC, dem Afrikanischen Nationalkongreß, und in vielen anderen Organisationen. Sie alle haben sich in der UDF, der Vereinigten Demokratischen Front, zusammengeschlossen.

Trotz des massiven Widerstandes ist die Regierung Botha noch an der Macht. Sie wird es auch bleiben, solange sie der Unterstützung Reagans, Thatchers und Kohls sicher ist. Die Banken und Konzerne in unserem Land haben ein Interesse daran, weiterhin mit dem Apartheidssystem Profite zu machen. Auch Bremer Banken und viele Bremer Unternehmen verdienen an der Apartheid. Ein Fünftel aller Südafrika–Exporte wird über den Bremer Hafen abgewickelt. Auch der Bremer Staat ist mit einer Aktienmehrheit bei der Bremer Lagerhausgesellschaft oder im Aufsichtsrat der Bremer Landesbank daran beteiligt.Über den Bremer Hafen sind z.B. [illegible] Unimogs von Daimler verschifft worden, die das Militär in Südafrika benutzt, um Schwarze zu bewachen, auseinanderzutreiben, zu erschießen oder in Gefängnisse zu transportieren.

Seit Verhängung des Ausnahmezustandes im Juni dieses Jahres sind 8000 Menschen eingesperrt worden, darunter viele Gewerkschafter. Selbst vor Kindern schreckt das Terrorsystem nicht zurück. So waren 3.400 Kleinkinder mit ihren Müttern 1985 in Haft. Und gestern stand im WK zu lesen, daß "strafentlassene" Jugendliche nur die Wahl haben, weiter im Gefängnis zu bleiben oder in ein Jugenderziehungslager zu gehen!

Daraus wird deutlich, daß Botha und seine westlichen Verbündeten immer mehr unter nationalen wie internationalen Druck geraten. Wie der WK gestern mitteilte, wird sich selbst die Bundesregierung den EG–Sanktionen nicht verschließen können. Sie wird sie "mi[illegible]gen", allerdings niemals fordern! Im[illegible]r noch versuchen sie alle, das System aufrechtzuerhalten und schrittweise zu reformieren.



"Wir wollen aber keine goldenen Fesseln" so sagte kürzlich Winnie Mandela, "Apartheid läßt sich nicht reformieren!"
Im Frühjahr dieses Jahres besuchte der Vizebischof der ev.–lutherischen Kirche, Dr. Kameeta, aus Namibia unsere Stadt. Das Land Namibia wird ebenfalls vom Apartheidsstaat kontrolliert. Er sagte zu uns im Übersee–Museum: "Ich verstehe nicht, warum die Bundesrepublik aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus nicht einmal als Schlußlicht der Solidaritätsbewegung in

hielten grundsätzlich nur 50% der den anderen Zwangsarbeitern zustehenden Rationen.

Relativ besser hatten es die Westarbeiter, Franzosen, Holländer und Belgier. Aber auch sie hatten unter den unwürdigen Lebens– und Arbeitsbedingungen, zwangsverpflichtet im Ausland, zu leiden. Ihr Lohn war zwar höher, als der der Russen und Polen, doch entsprach er tariflich bei weitem nicht dem eines deutschen Arbeiters, wobei hinzukam, daß ihnen von ihrem Lohn auch noch Unkosten für Lager und Verpflegung abgezogen wurden. Zahlreiche Todesurteile des Bremer Sondergerichts gegen Westarbeiter zeigen zudem, daß das nationalsozialistische System auch gegen sie mit der vollen Brutalität seiner Einrichtungen vorging.

Zwangsarbeiter arbeiteten in Bremen in verschiedensten Bereichen, in der Landwirtschaft, im Handwerk, in der Industrie, aber auch in öffentlichen Aufgabenbereichen. Eigentlich gab es in Bremen kaum ein größeres Unternehmen, das nicht irgendwie einmal mit Zwangsarbeitern in Berührung gekommen war. Beschäftigten auf der einen Seite Großunternehmen wie die AG Weser, Weser–Flug, Borgward oder die Bremer Wollkämmerei zeitweise Tausende, so gab es auch immer wieder Anfragen selbst kleinster Handwerksbetriebe auf Zurverfügungstellung einiger weniger Männer oder Frauen.

Aber auch der Staat sowie öffentlich–rechtliche Unternehmen griffen auf Zwangsarbeiter zurück. Ausländer kamen bei der Bremer Straßenbahn, bei den Stadtwerken, beim Senator für das Bauwesen, beim Gartenbauamt, beim Krankenhaus St. Jürgens und selbst im Ratskeller, um nur einige Stellen zu nennen, zum Einsatz. Besonders der Bunkerbau und das Räumen der Straßen nach den Luftangriffen von Trümmern ließ bremische Behörden in immer größerem Ausmaße auf das offensichtlich nie sich erschöpfende Reservoir von Zwangsarbeitern zurückgreifen. Im Herbst 1944 arbeiteten bei vorsichtiger Schätzung ca. 20% aller in Bremen eingesetzten Zwangsarbeiter im öffentlichen Bereich. Die in Bremen lebenden Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen waren, soweit man ihr Leben Leben nennen konnte, in bis zu 200 Lagern untergebracht, Lagern des Bausenators und der Deutschen Arbeitsfront, solchen der Großfirmen, Kriegsgefangenenlagern der Stalags in Bremervörde und Nienburg sowie Außenlagern des Konzentrationslagers Neuengamme wie z.B. in Farge, in der Hindenburg–Kaserne oder in Obernheide in der heutigen Gemeinde Stuhr.

Zweck des Einsatzes von Zwangsarbeitern war es, ausreichende und möglichst billige Arbeitskräfte für die Unterhaltung der Kriegswirtschaft zur Verfügung zu haben. Das Sterben der Männer und Frauen wurde dabei wissentlich in Kauf genommen oder es gehörte wie bei den KZ–Häftlingen etwa sogar zum System der Vernichtung von Menschen durch Arbeit. Wie viele Zwangsarbeiter in Bremen umgekommen sind, wird man nicht mehr feststellen können. Ihre Zahl geht mit Sicherheit wie man schon 1947 beim Versuch einer Ersterfassung feststellte in die Tausende.

Blättert man in den Sterbebüchern des Standesamtes, so findet man auch hier fast auf jeder Seite Eintragungen umgekommener, insbesondere bei Luftangriffen verschütteter, verbrannter oder zerschmetterter ausländischer Männer und Frauen. Die meisten Zwangsarbeiter wurden jedoch anonym einzeln oder in Massengräbern verscharrt wie z.B. die ca. 800 russischen Kriegsgefangenen am Bahndamm in Oslebshausen. Vernichtung selbst über den Tod hinaus hieß auch hier die Devise des nationalsozialistischen Regimes. Auf Anordnung der SS sollten so z.B. die Aschen der in den Bremer Außenlagern ermordeten und umgekommenen KZ–Häftlinge verstreut, ihre Personalien vernichtet werden. Mutige Beamte des Gartenbauamtes widersetzten sich im Geheimen diesen Anordnungen, verzeichneten die Lebensdaten der Häftlingstoten und bestatteten ihre Aschen numeriert und damit identifizierbar auf dem Riensberger Friedhof. Dadurch war es 1956 möglich, sie auf die Gedenkstätte Osterholzer Friedhof zu überführen und ihre Namen für immer festzuhalten. Damit schließt sich der Kreis. Namen standen am Anfang, Namen stehen nun auch am Ende. Was wissen oder glauben wir von ihren Leiden und ihrem Sterben zu wissen?

Auf einer der Namensplatten steht der Schriftzug "Ewa Cederbaum". Am 7. Januar 1923 in Polen geboren, war sie nach 1939 als jüdisches Mädchen zusammen mit ihrer Familie in das Ghetto von Llodz deportiert worden. Fast vier entsetzliche Jahre verbrachte sie dort bis zur Auflösung des Ghettos. 1943 kam sie zusammen mit ihrer Schwester Lola nach Auschwitz. Hier erreichte sie Anfang August 1944 der Deportationsbefehl nach Bremen. Zusammen mit ihrer Schwester wurde sie als Zwangsarbeiterin vom Sommer 1944 an zu Trümmeraufräumungsarbeiten und beim Betonbau in Bremen eingesetzt. Im harten Winter 1944/45 wurde sie krank und war nicht mehr in der Lage, sich zur Arbeit zu schleppen. Die SS–Oberaufseherin des KZ–Außenlagers Obernheide befahl der jüdischen Lagerärztin, einer jungen Medizinstudentin, Ewa Cederbaum mit einer Spritze zu töten. Die Ärztin weigerte sich. Wenige Tage später, am 8. März 1945, starb Ewa Cederbaum im Lager Obernheide an Hunger und Entkräftung. Ihre Schwester Lola überlebte die Bremer Lagerzeit und auch das schreckliche Ende in Bergen–Belsen. 40 Jahre lang wußte sie nicht, was man mit dem Körper ihrer Schwester gemacht hatte, wo sich ihr Grab, wenn es überhaupt ein solches gegeben haben sollte, befand. Am 19. September vorigen Jahres stand Lola Cederbaum oder Ohringer, wie sie heute heißt, nach 40 Jahren erschüttert erstmals an dieser Stelle vor der letzten Ruhestätte ihrer Schwester.

Verehrte Anwesende, wenn ich heute zu Ihnen spreche, so tue ich dies im Vermächtnis dieser Frauen und Männer, die als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter Opfer des Nationalsozialismus und seiner Handlanger geworden sind. Ich tue es aus der Verantwortung als Deutscher heraus, mich dafür einzusetzen, daß ihnen, nunmehr nach über 40 Jahren Recht geschieht, Recht in der Anerkennung einer großen moralischen Schuld ihnen gegenüber, Recht aber auch in der Anerkennung ihres Anspruches auf Entschädigung für die von ihnen geleistete Zwangsarbeit.

In unserer Stadt, aber auch in der Bundesrepublik gibt es z.Zt. verschiedene Ansätze auf diesem Weg. Sie kennen sie, ich brauche sie daher nicht extra zu erwähnen. Ob sie Erfolg haben werden, wird man sehen. Ich möchte mir nur wünschen, daß Bremen die moralische Kraft aufbringt, dann zu einer Sonderlösung zu kommen, wenn die Bundesregierung sich den Ansprüchen der Betroffenen, den wenigen, die überhaupt heute noch leben, verweigert und versagt.

Im Winter 1944/45 habe ich als Sechsjähriger im Harz russische Zwangsarbeiterinnen gesehen, die in Schnee und Kälte Großrohre in der Erde verlegten. Dies ist eines der wenigen Bilder geblieben, die sich mir aus meiner Kindheit eingeprägt haben. Ich habe bis heute das Bild dieser Frauen nicht vergessen und glaube manchmal noch den Geruch des Teers, mit dem sie die Rohre strichen, riechen zu können. Auch ihrer gedenke ich heute an dieser Stelle.

Damm in Hamburg ermordet zu haben. Bis heute hat das Gericht noch keine Verhandlung angesetzt.

Man sagt uns immer, wir sollen die Vergangenheit ruhen lassen. In diesen Tagen wurde in Bremen ein Buch über die Geschichte der B.W.K. in Nord der Öffentlichkeit vorgestellt. Noch bevor das Buch erschien, wurde erklärt, wir würden uns damit im Ausland unmöglich machen. Dazu habe ich in einer Versammlung im Gustav–Heinemann–Haus erklärt: Jedes Jahr kommt eine Gruppe Franzosen nach Bremen, die als KZ–Häftlinge am U–Boot Bunker Hornisse schuften mußten. Die kommen aber nicht allein. Sie bringen ihre Frauen, ihre Kinder und Enkel, ja andere Verwandte und Bekannte mit. Die französischen Kameraden erzählen nicht, wie schön Bremen ist, sie zeigen ihnen die Orte ihres Leidens, an denen ihre menschliche Würde mit Füßen getreten wurde.

So wird diese deutsche Geschichte in West und Ost nicht untergehen. Und wir müssen diese Geschichte aufarbeiten, damit sie sich nicht wiederholt. In das Kapitel Entschädigung gehört auch dieses: Im neuen Bundeshaushalt sind 2,5 Milliarden für die Versorgung von Angehörigen der Bundeswehr angesetzt. Die 2,5 Milliarden werden besonders an die Offiziere gezahlt, die weit vor dem Rentenalter pensioniert wurden, damit jüngere Offiziere befördert werden können. So wird eine teure Reserve–Armee geschaffen.

Kameradinnen, Kameraden,
unser Einsatz für die Regelung der Entschädigung für alle Opfer von Faschismus und Krieg, für die KZ–Häftlinge , für Zwangsarbeiter, Sintis und Roma, für die Sterilisierten, Homosexuellen, für alle Verfolgten, das ist unser Beitrag zum Gedenken an die hier beigesetzten Opfer. Unser Einsatz für die Erhaltung des Friedens, das ist unser Gedenken für alle Opfer von Faschismus und Krieg.

der ganzen Welt zu erkennen ist.
Und Bremen ist die Stadt, von der einst die Kolonialisierung Namibias ausging, was passiert hier? Die Stadt mit ihrer großen demokratischen Tradition ...
Von welcher Stadt in der Bundesrepublik können wir Hilfe und Unterstützung erwarten, wenn nicht von hier!"

Alle Demokraten in Bremen sind aufgefordert, aktiv mit den Menschen in Südafrika für ein vom Rassismus befreites Land einzutreten. Sanktionen sind jetzt dringend notwendig, um endlich Apartheid zu töten !

Amandla Maatla !

EIN UNGERN GESEHENER GAST

Eine kleine Notiz im "Gästetagebuch der Stadt" im Weser–Kurier vom 8.9.86 machte mich aufmerksam. Der Gast, um den es ging, hieß Dr. Werner Weidenfeld. Dieser Name war mir in irgendeinem Zusammenhang schon über den Weg gelaufen. Nur wo?



Gästetagebu
der Stadt

Dr. Werner Wei
feld, Professor für
litwissenschaften
der Johannes-G
berg-Universität
Mainz, spricht
abend auf E
der Carl Schı
schaft Bre
„Die deuts
nationale
sches
sches
schic
war
Pe
2
Weidenfeld

Eingeladen hatte ihn die Carl–Schurz–Gesellschaft Bremen. Das brachte mich zunächst nicht recht weiter. Denn Carl Schurz war ein deutsch–amerikanischer Politiker im letzten Jahrhundert, der an der bürgerlichen Revolution 1948/49 teilgenommen hatte, dann nach den USA ging und Lincoln, also die industriell entwickelten Nordstaaten gegen die reaktionären, auf Agrarwirtschaft und Sklaverei ausgerichteten Südstaaten unterstützte. Die Gesellschaft, nach seinem Namen benannt, setzt sich, so war zu erfahren, zum Ziel, die deutsch–amerikanische Freundschaft zu fördern.

Da wird es dann schon etwas kritisch, wenn man unter deutsch–amerikanischer Freundschaft vielleicht nicht die zwischen den Völkern meint, orientiert an deren gemeinsamen Interessen, sondern die mit den herrschenden Kreisen. Freundschaft mit Raketen–Reagan? Das mußte geklärt werden.

Der Artikel setzte den Leser dann doch noch auf die richtige Fährte. Die von Professor Weidenfeld verfaßten Bücher haben nämlich sehr aussagekräftige Titel: "Jalta und die Teilung Deutschlands", "Die Identität der Deutschen", "Die Indentität der Europäer" ... Und sein geplantes Vortragsthema lautete: "Die deutsche Frage als nationales, europäisches und weltpolitisches Problem". Und da fiel es mir ein: dieser Herr ist enger Berater unseres Kanzlers in innenpolitischen und Ideologiefragen.

Weidenfeld, so kann man bei Reinhard Kühnl "Nation, Nationalismus, Nationale Frage" nachlesen, geht es unter anderem darum, das "Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" zum "Eigeninteresse der internationalen Umwelt zu machen, zumindest aber die Westmächte auf das Ziel des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen ... zu verpflichten". Und das ist lt. Weidenfeld so zu erreichen: "Die Deutschen müssen europäische Führungsimpulse freisetzen, das ist Teil ihrer Staatsraison"!

Diese "Führungsimpulse" hatten schon mal ein Kaiser und ein "Führer" mit ihren Cliquen "freigesetzt". Das sollte reichen.

Betrachtet man nun den von Weidenfeld gewünschten "Führungsimpuls" der Deutschen in Verbindung mit Reagans "Kreuzzugstrategie gegen das Böse", so wird die Stoßrichtung und große Gefahr, die darin liegt, deutlich.

Hoffentlich ist die Carl–Schurz–Gesellschaft so klug, an guten Beziehungen zwischen den Völkern mehr Interesse zu haben als daran, sich für derartige machtpolitische Vorstellungen Weidenfelds oder der Bundesregierung unter dem Deckmantel der Völkerfreundschaft benutzen zu lassen. Herr Dr. Weidenfeld kann sicher sein, daß er von der Mehrheit der Bremer keine Zustimmung zu seinen Gedanken erhalten wird.

U. T.

ERKLÄRUNG DER ABRÜSTUNGS-INITIATIVE BREMER KIRCHENGEMEINDEN

Folgende Erklärung der Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden ging bei uns im Sept. 86 ein:

Unerträglich ist für uns das Kesseltreiben gegen Lehrer in Niedersachsen, die der DKP angehören. Das richtet sich gegen eine Partei, der nach dem Grundgesetz das volle Recht zusteht, ihre politische Arbeit zu leisten. Das richtet sich gegen Menschen, die sich im Beruf nichts zuschulden kommen lassen und engagierte Demokraten sind.

Das richtet sich gegen die Wähler, die diese Menschen in Kommunalparlamente gewählt haben. Die Berufsverbote, die gegen kommunistische Lehrer verhängt werden, dienen der Hetze gegen eine demokratisch legitime Gruppe. Das alte kommunistische Feindbild, das in der Nazizeit seine "Glanzzeit" hatte, seitdem aber in der Bevölkerung immer mehr verblaßt, soll neu aufpoliert werden. Dieses Feindbild fördert das Denken der Konfrontation und gefährdet die Bemühungen um Frieden, Entspannung und Vertrauensbildung zwischen West und Ost.
Verfassungsfeindlich ist nicht das Engagement von Lehrern für die DKP, sondern die menschenrechtsverletzende Berufsverbotepraxis der niedersächsischen Regierung.

Wir fordern von der niedersächsischen Regierung, ihre Verfahren gegen Lehrer, die der DKP angehören, sofort einzustellen.

Die Delegiertenkonferenz

i.A. Ingeborg Kramer

VERLEUMDET UND AUSGEGRENZT

Man könnte zur Tagesordnung übergehen, wenn uns nicht geschichtliche und für das deutsche Volk schmerzliche Erfahrungen verpflichten würden, auf den Weser–Report vom 21.9.86 (W–R) zu antworten. In der Manier unterster Stufe des Journalismus wird drauflosgeschmiert. In Stil, Wortschatz und Ziel ist fast unübersehbar ein brauner Faden erkennbar, der von Hugenberg über den Stürmer zum Weser–Report geht. Nicht nur die Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden, die sich gegen die Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik stellt, ist Ziel des Angriffs des W–R. Obwohl dem W–R bekannt sein dürfte, daß Berufsverbote im Widerspruch zum Grundgesetz stehen. In einem groß aufgemachten Bild werden friedliche Demonstranten zu Transporteuren des Terrorismus. So soll mit einem großen Rundschlag jeder Kritik und Opposition gegen Aufrüstung und Ausgrenzung ein Maulkorb übergestülpt werden. So wird dann auch flugs den Pfarrern, die sich gegen die Berufsverbote wenden, unterstellt, sie würden Fürsprecher der DKP sein. Wobei zugleich den Pfarrern angedichtet wird, mit der Rückseite der Bibel auf Schleichwegen über Abrüstung und Frieden das Wort Lenins zu verkünden. Beweise für solche Verunglimpfungen kann weder der W–R noch irgendein Gericht erbringen und das ist auch nicht die Absicht. Die Hauptsache ist dem W–R, den Gedanken an Abrüstung und Frieden in den Schmutz zu ziehen. Rufmord ist die Devise des W–R und etwas wird dann wohl schon hängenbleiben.

Die geistigen Brüder des W–R haben ja auch schon den Sozialdemokraten vo[illegible]worfen, mit ihren Vorschlägen zu ato[illegible] und chemiewaffenfreien Zonen die Politik Moskaus bei uns einführen zu wollen. Und so rundet sich dann das Bild. Das, was die Tintenkulies vom W–R zu solch schmutzigen Klecksereien bringt, ist die Angst vor einer breiten Bewegung für Frieden und Abrüstung. Das deutsche Volk mit seinen geschichtlichen Erfahrungen sollte sehr wachsam sein. Diejenigen, die sich ausgeben als die Hüter des Pluralismus und der freien Welt, schicken sich als erste dran, die Meinung anderer zu unterdrücken und die Freiheit von Minderheiten einzuschränken.
Die unbewiesene Verächtlichmachung anderer gesellschaftspolitischer Erkenntnisse führt letztlich zur Uniformiertheit der Meinung und der Gedanken und diese entwickeln dann ihre eigene Dynamik. Diese Erfahrung von 1933 sollte uns stets davor bewahren, eine Wiederholung zuzulassen. Zuerst waren es die Kommunisten, dann die Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen, Juden, Sinti und Roma u[illegible] bis hin zum Zentrum. Ja, sogar die in[illegible] Opposition in der Nazipartei kam ins Fadenkreuz und am Ende waren es über 50 Millionen Tote.

Da aber Geschichte ein zu schweres Kapitel für den W–R ist und die Geldgeber für dieses Blatt wohl noch nicht genug darüber nachgedacht haben, wen und was sie da unterstützen, sollte dieses ein kleiner Beitrag sein, es nachzuholen.

W. F.

Termine

V V N – B d A – Termine:

BREMERHAVEN:
21.10., 20.00 Uhr, Mitgliederversammlung

BREMEN – NORD:
8.10., 20.00 Uhr, "Neofaschismus in der BRD". Was können wir dagegen tun?
Bürgerhaus Gustav–Heinemann

10. Oktober
"Gustav–Heinemann–Gedenkveranstaltung" aus Anlaß des 10. Todestages von G. Heinemann
15.00 Uhr, Saal – Übergabe eines Gustav–Heinemann–Bildes an das Bürgerhaus
20.00 Uhr, Raum 219 – "Politische Kultur am Beispiel G. Heinemanns". Eine Diskussion mit Gästen des Bürgerhauses.

BREMEN – GRUPPE OST:
22.10., 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung, Bürgerhaus Weserterassen

BREMEN – GRUPPE WEST:
20.10., 20.00 Uhr, Mitgliederversammlung, Bgm.–Deichmannstr. 26

AUSSTELLUNGEN

31.10. bis 19.11.
"Nicaragua – Libertad"
Eröffnung am 31. Oktober, 19.00 Uhr mit Hans Koschnick, ehemaligen Nicaragua–Brigadisten, Vertretern der Botschaft Nicaraguas
Bürgerhaus Gustav–Heinemann

30.10.
"Geschichtswerkstatt Bremen–Nord"
Erfahrungsaustausch aktiver Stadtteilgruppen zur Geschichtsaufarbeitung

9.10., 19.30 Uhr
"Ist Abrüstung möglich?"
Dia–Vortrag mit Günther Böttcher,
Veranst.: Fri Ini Utbremen
Ort: VVN–BdA, Bgm.–Deichmannstr. 26

Samstag, 18.10.86, 16.00 Uhr
Denkmalsenthüllung 'Dem unbekannten Deserteur'
Bürgerhaus Vegesack

26.9. – 31.10.
Hugo Körtzinger (1892 – 1967)
Bilder, Zeichnungen und Dokumentation
Eröffnung: Freitag, 26.9.86 um 19.30 Uhr durch Curd Ochwadt, Hannover
Veranstalter: Freunde u. Förderer der Villa Ichon e.V., Goetheplatz 4

Freitag, 10. Oktober, 20.00 Uhr
Chilenisches Kulturfest mit Folklore und Tänzen, mit Texten von Neruda und Barnet, mit Dias und natürlich mit chilenischen Getränken und Essen. Bei alledem wird Sergio Vesely dabeisein.
Sergio Vesely wurde 1952 in Santiago de Chile geboren. Seit dem faschistischen Putsch 1973 in der illegalen Opposition, nach Verhaftung Flucht und ab 1976 Exil in der Bundesrepublik Deutschland.
Heinrich–Vogeler–Buchhandlung

Rock für Ausbildungsplätze
Aktionen in der Innenstadt
Treff: 4.10.86, 11.00 Uhr DGB–Haus, Bahnhofsplatz 22

Herne 3
Samstag, 4.10.86, 20.00 Uhr Kulturzentrum Schlachthof
Veranst.: DGB–Jugend + KUSCH

VOR EINEM JAHR:

– Am 28. September 1985 wurde Günter Sare durch einen Polizeiwasserwerfer getötet. Die Erinnerung an Klaus Rattey (22.9.81), Benno Ohnesorg (2.6.67) und Philipp Müller (11.5.52) kam wieder hoch. Alles waren junge Menschen, die durch ein aggressives, gegen Demokraten gerichtetes Polizeikonzept in den Tod getrieben oder direkt erschossen worden sind.

UND HEUTE:

– Der Weser Report verleumdet in seiner Ausgabe vom 28. Sept. 86 Günter Sare als Kriminellen. Wir haben Strafanzeige "wegen Verleumdung des Andenkens an einen verstorbenen Antifaschisten" erstattet.

V. H.



SOLIDARITÄT SIEGT !

Der Landesgeschäftsführer der DFG–VK Bremen/Niedersachsen Pitt van Well, übermittelt uns nach seinem Freispruch dieses Schreiben, das wir auszugsweise veröffentlichen:

Liebe Freundinnen und Freunde,
den Ausgang "meines" Prozesses in Sachen Bremer Bankblockaden gegen die Apartheid habt Ihr ja gelesen. Klar wohl, daß ich mich sehr darüber freue. Daher möchte ich mich da, wo diese Freude noch anhält, ganz herzlich bedanken, bei Euch allen, die mich unterstützt haben. Dies war mir eine große Hilfe, konkret zu wissen und zu erfahren, was wir schon immer sagen: Solidarität hilft siegen. Wir sind ein Stück weiter gekommen! In diesem Sinne noch einmal Danke!

Pitt van Well

AUSZUG AUS DEM RUNDBRIEF DES BREMER FRIEDENSFORUMS INFORMATIONEN ZUM 11. OKTOBER – HASSELBACH/HUNSRÜCK

Wie kommt man am 11. Oktober in den Hunsrück?

Wir fahren mit der Bundesbahn, mit einem Sonderzug, der ab Hamburg eingesetzt wird, bis unmittelbar an das Stationierungsgelände, Bahnhof Bell. Bell liegt 800 Meter vom Kundgebungsplatz entfernt. Die Bahnfahrt dauert ca. 7 Stunden. Weil wir um 11 Uhr im Hunsrück sein wollen, geht die Fahrt um ca. 4.00 Uhr morgens los, ab Bremen Hauptbahnhof. Die genaue Abfahrtszeit können wir leider erst ab 1. Oktober mitteilen. Die Rückfahrt ab Bell erfolgt etwa um 17.00 Uhr, sodaß wir gegen Mitternacht in Bremen wieder ankommen.

Die Vorteile der Bahnfahrt liegen auf der Hand: Wir kommen mit einer sehr hohen Sicherheit an. Wir brauchen weniger Zeit als mit Bussen. Die Fahrt ist erträglicher. Der Ankunftsort liegt unmittelbar am Stationierungsgelände und am Kundgebungsplatz. Der Pferdefuß: Die Fahrkarte kostet DM 58,–. Das schafft verständlicherweise vielen Probleme. Die Bundesbahn begründet den hohen Preis mit 680 Bahnkilometern (ab Hamburg) und einer stillgelegten Strecke, die sie für die Sonderzüge extra sichern muß. DM 58,– sind viel Geld.
Wir sammeln Spenden für Arbeitslose, Studenten, Ziwis etc., damit sie mitfahren können.

V. H.



Wir gratulieren diesen Kameradinnen und Kameraden herzlich zum Geburtstag:

02.10.	Joh. Niederndörfer	73 Jahre
06.10.	Johann Hinte	88 Jahre
13.10.	Selma Vöge	83 Jahre
17.10.	Maria Krüger	79 Jahre
22.10.	Otto Höfer	83 Jahre

Außerdem gratulieren wir unserem Kameraden Fritz Bolte nachträglich zum Geburtstag. Er vollendete am 18. September sein 74stes Lebensjahr.



Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden

Ev.-luth. Kirchengemeinde Bockhorn	St. Stephani-Gemeinde
Ev. Jona-Gemeinde	Ev. Zionsgemeinde
Ev.-luth. Kirchengemeinde Lüssum	Ev. Immanuel-Gemeinde
Ev. Dreifaltigkeitsgemeinde	Ev. Kirchengemeinde Tenever (Abrüstungs-Ausschuß)
Ev. Heilig-Geist-Gemeinde	Ev. Christus-Gemeinde in der Vahr
Ev. Kirchengemeinde Oslebshausen	Ev.-reformierte Gemeinde Bremen-Blumenthal

29.9.1986

An
Interessierte in Fragen 'Zwangsarbeit'

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Mai d.J. trafen wir uns, um zum ersten Mal gemeinsam über Fragen der Zwangsarbeit zu beraten.
Im Stillen sind die Arbeiten weitergegangen, wir hoffen, bald einen Verein gründen zu können, der in der Lage sein wird, gezielt die notwendige Arbeit in den verschiedenen Bereichen der Aufarbeitung der Zwangsarbeitsproblematik zu fördern.

Doch zuvor möchten wir Euch einladen zu einem Vortrag und Gespräch von/mit

PROF. BRODSKI, MOSKAU. Er ist sowjetischer Spezialist für Fragen der Zwangsarbeit und des Widerstands der Zwangsarbeiter.

Am Freitag, dem 10.10.86 wird er um 20 Uhr im Staatsarchiv sprechen.
Durch Vermittlung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme konnten wir ihn so kurzfristig zu einem Termin nach Bremen bekommen.
Wir denken, daß seine Ausführungen eine gute Ergänzung zu den Arbeiten der Bremer Geschichtswoche 'Entdeckte Geschichte' sein werden.

In der Hoffnung, gemeinsam lernen zu können und dann die für uns anstehenden Fragen besser bearbeiten zu können, erhoffen wir uns einen fruchtbaren Dialog.

Mit freundlichen Grüßen,

- Volker Homburg (VVN/BdA)
- Reiner Kegler (Vertrauenskörperleitung MBB)
- Günther Rohdenburg (GEW)
- Jens Meyer (G.Heinemann - Bürgerhaus Vegesack)
- Hans-Günter Sanders (Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden)

c/o Hans-Günter Sanders Pastor Ev.Zionsgemeinde Kornstr.31 Bremen tel.554313



Hrsg.:
VVN-Bund der Antifaschisten
ViSdP:
W. Hundertmark